



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

38. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Eileen Woestmann (GRÜNE) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Ohne Betreuung kein Wirtschaftswunder – Keine pauschale Reduzierung der Betreuungszeiten von Kindertagesstätten und Kindertagespflege!

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9473

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Ohne Betreuung kein Wirtschaftswunder – Keine pauschale Reduzierung der Betreuungszeiten von Kindertagesstätten und Kindertagespflege!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/9473

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Herzlich willkommen zu unserer 38. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend. Ich begrüße alle anwesenden und zugeschalteten Ausschussmitglieder des AFKJ, alle anwesenden und zugeschalteten Sachverständigen, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie den Sitzungsdokumentarischen Dienst.

Wir treten nun in die Anhörung von Sachverständigen ein. Ich möchte die Sachverständigen hier noch einmal ganz herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie uns, den Mitgliedern des Ausschusses, heute für die Beantwortung unserer Fragen zur Verfügung stehen. Vielen Dank dafür. Vielen Dank auch für Ihre im Vorfeld der heutigen Sitzung eingereichten Stellungnahmen, mit denen wir uns bereits ausdrücklich beschäftigen konnten.

Für den Ablauf der Anhörung habe ich folgende Hinweise: Es ist nicht vorgesehen, dass es mündliche Statements zu Beginn der Anhörung gibt. Vielmehr haben wir Abgeordneten vereinbart, dass wir Ihre Stellungnahmen zur Kenntnis nehmen und dass die Fraktionen dementsprechend direkt Fragen an Sie richten werden. Ich bitte Sie darum, sich diese zu notieren. Danach werden Sie einzeln gebeten, die Fragen en bloc zu beantworten. Pro Runde können die Fraktionen je zwei Fragen an zwei Sachverständige stellen. Ich bitte Sie, Ihre Antworten auf drei bis maximal fünf Minuten zu begrenzen. Die Fraktionen haben die Möglichkeit, im Verlauf des gesamten Gesprächs zwei direkte Nachfragen während Ihrer Antworten zu stellen. Mit diesem Vorgehen nutzen wir die uns bis maximal 15 Uhr zur Verfügung stehende Zeit optimal. Sind hiermit alle einverstanden? – Sehr gut.

Dann beginnen wir jetzt mit der Anhörung. Und zunächst erhält die antragstellende FDP-Fraktion das Wort. – Bitte sehr, Herr Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute mit uns über dieses sehr aktuelle Thema der Landespolitik zu sprechen, und auch einen Blick in die Zukunft wagen, wie eine Kinderbetreuung, auch unter wirtschaftlichen Aspekten – nicht im Hinblick auf eine Effizienzgestaltung, sondern in Bezug auf die Folgen auf die Volkswirtschaft –, aussehen kann.

Deswegen beginne ich mit zwei sehr allgemeinen Fragen. Zum einen bitte ich Herrn Professor Dr. Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft uns allgemein zu erläutern, wie der Zusammenhang zwischen der frühkindlichen Bildung, der Kinderbetreuung und der Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft aussieht. Ich glaube, als Einstieg ist es wichtig, zu wissen, welche Erkenntnisse der Wissenschaft diesbezüglich vorliegen.

Meine zweite Frage richte ich an Frau Stroop. Diese betrifft das Thema „Alleinerziehende“. Wir wissen, dass es das größte Armutsrisiko im Land ist, alleinerziehend zu sein und Kinder zu haben. Deswegen stelle ich folgende Frage an Sie: Was bewirkt eine Reduzierung der möglichen Wochenstunden von 45 auf 35 – per Gesetz und nicht durch die faktische Personalsituation, die es gibt – bei Alleinerziehenden und deren persönliche wirtschaftliche Situation?

Jens Kamieth (CDU): Auch unsererseits schönen Dank an die Sachverständigen, dass Sie sich uns hier zur Verfügung stellen.

Ich habe einen Fragenkomplex, der sich ebenfalls an den VAMV richtet. Wir haben intensiv darüber beraten, dass die Kappung der Betreuungszeiten, über die vor ein paar Monaten mal diskutiert wurde, auf einer Formulierung beruht, die aus dem Zusammenhang gerissen und bewusst verkürzt dargestellt wurde. Trotzdem würde mich nach der Lektüre Ihrer Stellungnahme interessieren, welche Ansprüche Sie an die Gestaltung von Randzeiten haben. Wie können sich diese von Kernzeiten unterscheiden? Und: Was können wir aus Ihrem Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ für die Gestaltung der Randzeiten mitnehmen?

Frau Professorin Stöbe-Blossey, aus meiner Sicht beschreiben Sie zutreffend, dass die 45 Stunden einen Fehlanreiz im Buchungsverhalten bieten können. Mich würde einmal interessieren, ob Sie die von Ihnen benannten Konsequenzen mit Zahlen unterfüttern können.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen, die Sie schon abgegeben haben.

Meine erste Frage bezieht sich auf die Stellungnahmen von Herrn Dohmen und Herrn Dähne. Sie beide haben sehr stark betont, dass die frühkindliche Bildung ein ganz zentraler Bildungsbereich ist, möglicherweise sogar der dominierende Bereich, wenn es darum geht, Bildungschancen für Kinder entsprechend offen zu halten. In Nordrhein-Westfalen – das ist in den Stellungnahmen auch betont worden – gibt es einen enorm großen Mangel an Kitaplätzen. Wenn wir jetzt in einer Situation wären, in der man entscheiden müsste – Stichwort Wirtschaftswunder –, ob die Kinder aus sozial benachteiligten Familien Zugang zu diesen Plätzen haben oder ob es die Eltern sind, die über einen Arbeitsplatz verfügen: Wie sollte sich in einer solchen Situation ein Gesetzgeber sinnvollerweise entscheiden? Oder sagen Sie: „Eine solche Frage darf sich in einem Land wie Nordrhein-Westfalen, in einem wirtschaftsstarken Land, überhaupt nicht stellen“?

Die zweite Frage: Mindestens in der Stellungnahme von Herrn Dähne ist auf das Thema „Deprofessionalisierung“ hingewiesen worden. Dabei ist das als durchaus kontraproduktiv bezeichnet worden. Diesbezüglich interessiert mich, wie Sie die Tendenzen für Nordrhein-Westfalen sehen. Diese Frage stelle ich nicht nur Herrn Dähne, sondern auch dem Vertreter des Caritasverbands, da er aus Sicht eines Trägers eine Einschätzung zum Thema „Deprofessionalisierung“ abgeben kann.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite für Ihre umfangreichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, uns für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Meine erste Frage: Zur Sicherstellung der Betreuung wird auch immer wieder über die Einführung eines Kern- und Randzeitenmodells diskutiert. Die Idee dabei ist, dass nicht zu allen Zeiten der gleiche Personalstandard eingehalten werden muss. Darauf Bezug nehmend richtet sich meine erste Frage an Frau Stöbe-Blossey und Herrn Faulhaber-Birghan: Wie bewerten Sie ein solches Kern- und Randzeitenmodell auch vor dem Hintergrund, dass Eltern am Ende den Betreuungsumfang bekommen, den sie tatsächlich brauchen?

Ein Hauptproblem der Kitas ist gerade auch der Fachkräftemangel. Meine zweite Frage richtet sich an Frau Stöbe-Blossey, Herrn Faulhaber-Birghan und Herrn Dähne: Welche Rolle können dabei Kinderpfleger*innen spielen? Bitte gehen Sie dabei auch darauf ein, welche erweiterten Kompetenzen Sie diesen zuschreiben würden, um eine Entlastung für die Erzieher*innen herbeizuführen, und welche Rolle dabei auch die eben angesprochene Deprofessionalisierung spielt.

Zacharias Schalley (AfD): Auch unsererseits vielen Dank an die Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen.

Meine erste Frage richte ich an Herrn Faulhaber-Birghan. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass selbst, wenn mehr Finanzmittel bereitgestellt würden, die Lücke zwischen Personalbedarf und verfügbaren Fachkräften weiter wachsen würde. Was ist also aus Ihrer Sicht erforderlich, um diese Lücke zu schließen? Und: Lässt sich diese überhaupt schließen?

Meine zweite Frage richte ich an Herrn Dähne. Sie schreiben von ungedeckten Bedarfen insbesondere im Bereich der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und betonen dabei, dass insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund selten eine Kindertagesstätte besuchen. Gibt es Erkenntnisse darüber, warum die Betreuungsquote gerade bei dieser Gruppe geringer ist?

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Damit haben wir die erste Fragerunde vervollständigt. Ich werde Ihnen, den Sachverständigen, jetzt der Reihe nach das Wort erteilen. Wir beginnen mit Herrn Dähne. Sie haben Fragen von der SPD, den Grünen und der AfD erhalten. Für die Beantwortung haben Sie fünf Minuten Zeit.

Florian Dähne (Friedrich-Ebert-Stiftung): Ich hoffe, ich kann die Fragen in fünf Minuten beantworten. – Die Frage, wie man in einem Land wie NRW ein knappes Gut priorisiert, das so zentral für verschiedene Bereiche ist – sowohl für die Bildungsgerechtigkeit, die Teilhabechancen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Verhindern von Kinderarmut als auch die Wirtschaftskraft des Landes usw. –, sollte sich hier erst gar nicht stellen. Es ist ein Skandal, dass wir darüber nachdenken müssen.

Gleichwohl glaube ich, dass es mehr Anstrengungen braucht, gerade denjenigen Familien Zugang zu Kindertagesbetreuungen zu ermöglichen, die nicht ganz so geübt

darin sind, dieses System zu spielen, die nicht ganz so stark in der Durchsetzung der eigenen Interessen sind, die das teilweise sehr bürokratische Verfahren, um sich einen Platz in der Kindertagespflege zu sichern, nicht ganz so gut beherrschen und deren Kinder in der Regel zu denjenigen gehören, die von frühkindlicher Bildung noch stärker profitieren würden als andere. Insoweit glaube ich, dass es auch mit Blick auf Fachkräftebedarfe, Zukunftsfähigkeit, Sicherung von Nachwuchs usw. usf. sehr sinnvoll wäre, das natürliche Spiel der Kräfte nicht nur so walten zu lassen, dass diejenigen, die etwas durchsetzungsstärker und etwas klarer in der Artikulierung ihrer diesbezüglichen Interessen sind, einen Platz in der Kindertagesbetreuung für ihre Kinder bekommen sollten, sondern gerade auch andere Familien, die das nicht in der Form durchsetzen können. Das wäre aus der Perspektive von Bildungsgerechtigkeit und Teilhabechancen sicherlich sehr sinnvoll.

Zum Thema „Deprofessionalisierung“: Ich hatte versucht, es in meiner Stellungnahme nicht so auszudrücken, dass der Einsatz von Kräften, die nicht schon zu dem Zeitpunkt über die entsprechende pädagogische Ausbildung verfügen, notwendigerweise die Qualität senkt. Es ist allerdings häufig so, dass das, wenn man die Rahmenbedingungen nicht richtig setzt, dann trotzdem passieren kann. Ich glaube, es muss allen klar sein, dass das etwas ist, was zunächst einmal mehr Ressourcen erfordert, weil es Begleitung, Anleitung, Betreuung, Teamentwicklung, Nachqualifizierung usw. usf. braucht. Deswegen: Ich glaube, der Lösungsansatz, zu sagen: „Wir senken die Standards, berechnen diese Personen 1 : 1 in den Personalschlüssel ein, dann trägt sich das irgendwie“, funktioniert nicht gut. Es ist zunächst einmal etwas, was sehr viel mehr Anstrengung auch von den Teams in den Kitas erfordert. Das müsste man einkalkulieren, ansonsten droht es tatsächlich, zu einem Absinken von Standards zu führen und damit zu einem Absinken von Qualität sowie der Attraktivität dieses Berufsfeldes beizutragen. Damit wird eher das Problem verstärkt als ihm entgegengewirkt.

Ungedeckte Bedarfe von Kindern vor allem mit Migrationshintergrund: Ehrlicherweise habe ich mir diese Gruppe herausgesucht, weil ich zu dieser am einfachsten Daten gefunden habe. Es gibt auch andere Gruppen, bei denen die ungedeckten Bedarfe deutlich höher sind, u. a. Familien, die armutsgefährdet sind, oder Familien, bei denen zu Hause kein Deutsch gesprochen wird. Das hat, glaube ich, tatsächlich damit zu tun, dass es teilweise gar nicht so einfach und selbsterklärend ist, wie man einen Platz in einer Kindertagesbetreuung erhält. Ich hatte gerade versucht, das bei der Beantwortung der ersten Frage deutlich zu machen. Es läuft ja nicht so ganz automatisch. Es hat also nichts damit zu tun, ob eine Familie einen Bedarf sieht, den sie gern gedeckt hätte, sondern ob sie in der Lage ist, sich diesen Platz zu sichern. Da ist es wohl tatsächlich so, dass es Kinder mit Migrationshintergrund gibt, deren Familien dieses Spiel nicht ganz so gut beherrschen wie andere Familien. Diesen wird leider Gottes vonseiten der Kommunen – Es gelingt uns bisher nicht, das ganze System so niedrigschwellig zu gestalten, dass ihre Kinder die gleichen Möglichkeiten haben.

Ich muss mich fragend umblicken, um zu erfahren, ob ich eine Frage noch nicht beantwortet habe.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Ich kann Ihnen auch nicht sagen, welche Frage Sie noch nicht beantwortet haben. Ich würde aber vorschlagen, dass, falls noch eine Frage offen ist, diese als Erinnerung gleich noch mal gestellt werden darf.

Dann machen wir weiter mit Herrn Dr. Dieter Dohmen. An Sie wurde eine Frage gestellt, für die Sie drei Minuten Zeit für die Beantwortung haben.

Dieter Dohmen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie [per Video zugeschaltet]): Ich versuche, es kurz zu machen und auf den Punkt zu bringen. Wir müssen uns vor Augen führen: Das gesamte Bildungssystem steht im Moment vor dem Kollaps. Das gilt sowohl für Nordrhein-Westfalen als auch für die gesamte Bundesrepublik. Der Fachkräftemangel wird dauerhaft bleiben, und er wird nie mehr weggehen. Darauf müssen wir uns einrichten. Das bedeutet auch, dass wir in der Realität auf Dauer mit ungünstigeren Personalschlüsseln werden arbeiten und dabei gleichzeitig mindestens gleich gute Bildungsniveaus bewerkstelligen müssen.

Ich gehe zudem davon aus, dass der Anteil an Kindern mit erhöhtem Förderbedarf deutlich steigt und Eltern ihren Aufgaben unzureichender nachkommen, als es früher der Fall war. Das heißt, wir stehen vor einer gigantischen Herausforderung. Herr Maelzer hatte vor diesem Hintergrund die Frage gestellt: Frühe Bildung ist einerseits zentral, weil sie die Grundlagen legt für alles, was danach kommt. Wenn ein Kind im Alter von sechs Jahren von der Kita in die Schule kommt und unzureichend Deutsch spricht, dann kann es dem Unterricht in der Schule kaum folgen. Ehrlicherweise muss man sagen, dass die ersten 18 Monate ganz zentral sind für die Frage: Wie steil oder flach verläuft die Lernkurve von Kindern? Das heißt, wir müssten eigentlich viel früher ansetzen.

Der zweite Teil der Frage von Herrn Maelzer betraf den Umgang mit dem Mangel. Natürlich darf man darüber nachdenken, wie man den Zugang prioritär gestalten sollte. Auf diese Frage ist die Antwort nicht einfach. Aus bildungspolitischer und zukunftsorientierter Sicht für Kinder, aber auch für Sozialsysteme dauerhaft, wäre es durchaus sinnvoll, den Bedarf nach bildungspolitischen oder sozial-ökonomischen Kriterien zu priorisieren. Das halten Sie bildungspolitisch aber nicht durch, weil Ihnen dann die Eltern auf den Schoß steigen werden bzw. die Eltern, die einen akademischen Hintergrund oder ein höheres Bildungsniveau haben, deutlich geltend machen wollen, einen höheren Bedarf – sei es aufgrund von Erwerbstätigkeit oder aus anderen Gründen – zu haben. Mit anderen Worten: Man kann die Frage stellen – völlig legitim –, man wird das damit angesprochene Problem aber nicht so lösen können, dass alle Kinder versorgt werden. Insofern bleibt in meinen Augen tatsächlich nur die Lösung, dafür zu sorgen, dass bedarfsgerecht ausgebaut wird. Im Prinzip bedeutet das, dass alle Kinder zwischen drei und fünf Jahren einen Kitaplatz in Nordrhein-Westfalen bekommen können – hier liegen die Werte unter dem Bundesdurchschnitt mit knapp 90 % – und möglichst viele unter Dreijährige auch einen Platz haben. Das alles kostet Geld. – Darauf gehe ich gegebenenfalls in einer zweiten Fragerunde ein.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Dann machen wir weiter mit Frau Professorin Dr. Stöbe-Blossey. Für Sie habe ich mir zwei Fragen notiert, und zwar von der CDU und von den Grünen. – Ich erteile Ihnen jetzt gern das Wort.

Prof.'in Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Zunächst vorab: Natürlich wäre es am schönsten, wenn wir für alle Kinder in dem Umfang, in dem die Familien das wünschten, einen kostenfreien Platz mit hoch qualifiziertem Personal hätten. Nur sind wir in dieser Situation im Moment nicht. Daher muss man sich schon überlegen, wie man mit knappen Ressourcen umgeht. Und wenn man keine Regelungen trifft, dann gilt quasi das Recht des Stärkeren, und dann passiert genau das, was Herr Dähne beschrieben hat, nämlich dass die Kinder, die am stärksten von der frühen Bildung profitieren würden, am seltensten an ihr teilhaben würden. Auch die Familien, die sich am wenigsten private Betreuungslösungen leisten könnten – Stichwort Alleinerziehende –, würden am ehesten den Kürzeren ziehen.

Dennoch stellt sich natürlich die Frage, ob man diesen Fehlanreiz von 45 Stunden belegen kann. Es gibt starke Indikatoren dafür: Zum einen gibt es die Befragungsstudien, die jährlich vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführt werden, die Kinderbetreuungsstudien, bei denen ein nicht unerheblicher Teil der Eltern angibt, dass sie ein größeres Stundenvolumen gebucht haben, als sie brauchen. Da gibt es aber noch keinen unmittelbaren Zusammenhang zur Kostenfreiheit.

Der zweite Punkt ist: Als in Nordrhein-Westfalen damals das erste kostenfreie Kitajahr beschlossen worden ist, hat man im Gesetz gleichzeitig den Anstieg der 45-Stunden-Plätze gedeckelt. Ich nehme an, dass sich der Gesetzgeber dabei etwas gedacht hat. Wahrscheinlich hatte man die Befürchtung: In dem Moment, in dem es kostenfrei angeboten wird, muss man zusehen, dass es nicht zu stark steigt.

Wir haben das damals schon relativ früh in einem Projekt hier in Düsseldorf, bei dem die Ü-3-Zeit beitragsfrei gestellt wurde, beobachtet – ich glaube, das wurde noch vor der Gesetzesänderung durchgeführt –: dass es einen deutlichen Anstieg bei der Nachfrage nach 45-Stunden-Plätzen gab. Uns hat damals beispielsweise die Arbeitsagentur gesagt, dass sie auf diese Weise den Bedarf von Eltern, die im laufenden Kindergartenjahr in den Arbeitsmarkt integriert werden, die also kurzfristig einen stärkeren Betreuungsbedarf haben, nicht abdecken können.

Also: Harte, statistische Nachweise gibt es nicht, aber es gibt eine ganze Menge Indikatoren.

Zum Thema „Deprofessionalisierung Fachkräfte – Kinderpfleger*innen“: Man muss sehen: Kitas sind Teamarbeit, und es ist keine Deprofessionalisierung, wenn nicht alle Mitglieder des Teams dieselbe hohe Qualifikation haben. Denn je mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter man unterhalb des Niveaus „Erzieherin“ einsetzt, desto stärker gilt das, was Herr Dähne eben beschrieben hat: Dann muss man mehr in Teamentwicklung und Leitung investieren. Das heißt, es ist kein Kostensparmodell, sondern es ist ein Modell, um Probleme zu lösen. Da sind die Kinderpfleger*innen meines Erachtens eine Schlüsselgruppe, weil sie durchaus über eine pädagogische Qualifikation verfügen und vor allem im pflegerischen Bereich, gerade im U-3-Bereich, sehr gut eingesetzt

werden können. Ich glaube, man muss darauf achten, dass man dieser Berufsgruppe in Zukunft mehr Wertschätzung und wieder mehr Beachtung signalisiert; denn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nur dann motiviert arbeiten und im Feld bleiben, wenn sie wertgeschätzt werden und ihnen nicht permanent signalisiert wird, dass sie nur der Notnagel sind.

Differenzierung Kernzeiten/Randzeiten: Das geht in dieselbe Richtung. Zunächst einmal gibt es das Selbstbildungsverhalten von Kindern. Kinder suchen sich also ihre Bildungsgelegenheiten und nehmen sie wahr. Das heißt, wir müssen nicht von morgens 6 Uhr bis abends 18 Uhr ein strukturiertes Angebot machen. Kinder brauchen einfach auch Zeiten für Entspannung und Freiräume. Deswegen ist es durchaus möglich und auch sinnvoll, zwischen Randzeiten und Kernzeiten zu differenzieren; denn wir werden nicht die Möglichkeit finden, zu den „unbeliebten Randzeiten“ – in Anführungszeichen –, die ja auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unbeliebt sind, die aber gerade für Alleinerziehende eine absolut notwendige Voraussetzung für Erwerbstätigkeit sind, die Standards zu sichern, die im Kernzeitenbereich sinnvoll und notwendig sind.

Wir sehen das im Übrigen auch bei der Tagespflege: Je mehr sich diese professionalisiert hat, desto mehr hat sie sich quasi aus den Randzeiten zurückgezogen. Der Gedanke, Tagespflege für Randzeiten, ist inzwischen ziemlich illusorisch, auch vom Selbstverständnis der Tagespflegepersonen. Das bedeutet, in diesem Bereich muss man dringend an adäquaten Standards und Unterschieden arbeiten.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Dann machen wir weiter mit Herrn Faulhaber-Birghan. Ich habe für Sie drei Fragen notiert: von der SPD, von den Grünen und von der AfD. – Ich erteile Ihnen jetzt das Wort.

Klaus Faulhaber-Birghan (Caritasverband für den Kreis Mettmann): Ich versuche gerade, die Stimme der Praxis einzunehmen; denn wir sind Träger u. a. von elf Kitas. Ich bin schon jahrzehntelang dabei. Daher weiß ich, wovon ich spreche. Wir hatten wirklich viel bessere Zeiten, in denen wir eine andere Qualität vor Ort leben konnten. Es hat sich massiv verändert, man kann wirklich sagen: Die Anforderungen in den Kitas sind explodiert. Ich kann das noch weiter ausführen; aber hierfür fehlt uns die Zeit.

Ich will auch gleich die Fragen beantworten. Dennoch möchte ich auf eine Reihe von grundsätzlichen Mangelsituationen hinweisen. Uns fehlen massiv die Fachkräfte, uns fehlt neuerdings oder seit einiger Zeit auch massiv das Geld. Das hat mit den massiven Personalkostensteigerungen zu tun. Der Landtag und die Regierung haben darauf reagiert. Das war dringend notwendig; es hat auch geholfen. Aber es reicht nicht aus. Daher sind wir nicht in der Lage, die sonstigen Personalkraftstunden, die laut KiBiz vorgesehen sind, vollumfänglich überall einzulösen, sofern wir überhaupt die Kräfte finden würden.

Die dritte massive Mangelsituation besteht darin, dass das KiBiz, das Landesjugendamt und der Landschaftsverband als ausführendes Organ eine Mindestbesetzung definieren. Diese Mindestbesetzung ist unwesentlich unter der Maximalbesetzung. Das heißt, wir zählen jeden Morgen die Anzahl der Kinder und des anwesenden Personals,

machen den Abgleich und stellen dann sehr häufig fest, dass wir unter der Mindestbesetzungsgrenze liegen. Das passiert x-mal in der Woche. Das ist Alltag; das gehört leider dazu. Es ist also keine Ausnahmesituation mehr, sondern die Normalsituation. Und diese Normalsituation führt in der Folge dazu, dass wir das Angebot reduzieren müssen. Wir müssen eine Meldung nach § 47 SGB VIII machen. Das bezieht sich auf Situationen, die geeignet sind, das Kindeswohl zu beeinflussen – natürlich negativ zu beeinflussen. Damit einher müssen Maßnahmen gehen, die in ihrer Folge das Angebot reduzieren: morgens eine halbe Stunde weniger, abends eine halbe Stunde weniger; die Eltern müssen ihre Kinder früher abholen, oder eine – oder auch mehrere – Gruppe wird geschlossen, je nachdem, wie stark der Mangel ist.

Das wiederum führt auf Dauer zu einem wirklichen Unfrieden in den Einrichtungen. Die Eltern sind davon betroffen – dazu komme ich gleich noch –, das tut uns auch wirklich total leid. Wir versuchen, gemeinsam mit den Eltern nach Lösungen zu suchen. Aber das gelingt uns einfach nur in Maßen – und das Maß ist unzureichend. Das ist in Summe ein unglaublicher Stress für alle Beteiligten: für die Eltern, für das Personal, für die Leitungen und natürlich auch für die Kinder. Die Kinder bringen das zwar nicht so zum Ausdruck, aber auch die stresst die Situation natürlich. Die Wirkungen werden wir noch spüren. Wir können – ich sagte es eben – den Bildungskanon nicht mehr so leben, wie er eigentlich erforderlich wäre.

In der Summe führt das das System in den Abgrund. Wir haben es eben gehört: Bildungseinrichtungen stehen vor einem Kollaps, und ich habe gerade das Gefühl: Wir sind mittendrin. Von meinen Leitungen ist ungefähr die Hälfte wegen psychischer Probleme oder Schlafstörungen im Krankenstand; die können einfach nicht mehr. Wir haben es mit einer Berufsgruppe zu tun, die grundsätzlich hoch motiviert ist, die aber ein Stück weit auch Qualität leben muss. Wir verwalten diesen Zustand jetzt seit einiger Zeit. Er fing im Grunde in der Coronapandemiezeit an und hört nicht auf; denn es kamen dann in der Folge die Fachkräftekrise und der Geldmangel hinzu. Was in den Einrichtungen jetzt noch hinzugekommen ist, ist der massive Unfrieden mit den Eltern. Die Eltern laufen Amok, alle bekommen es ab. Wir erklären die Hintergründe, und trotzdem ist es so, dass sich die Eltern an das Personal und an den Träger wenden. Wir versuchen, das dann weiter zu kanalisieren. Aber es ist in Summe leider einfach unerträglich.

Zur Deprofessionalisierung: Wir haben natürlich auch Angst vor einer Deprofessionalisierung. Wir wollen sie nicht, aber wir suchen ja gemeinsam nach Lösungen. Daher sind wir zu ganz vielem bereit, z. B. auch andere Berufsgruppen hereinzuholen – dazu wurde auch ein Fachkräftepapier verfasst – oder auf multiprofessionelle Teams zu setzen. Wir sind natürlich auch dazu bereit, Kinderpfleger*innen, Sozialassistenten usw. weiter zu qualifizieren. Es gibt diesbezüglich zum Glück Möglichkeiten. Die können dann als Ergänzungskräfte anerkannt und auf Fachkraftstunden gerechnet werden, um die dringend notwendige Balance irgendwie zu erreichen. Aber dazu mangelt es wirklich an Geld, an Fachkräften. Aber es wird auch – so habe ich es auch in meiner Stellungnahme geschrieben – den Eltern einfach viel zu viel versprochen, beispielsweise die kostenlosen 45-Stunden-Plätze; das haben wir eben schon gehört. In Summe ist einfach das Netz, die Decke total überdehnt und reißt. Wir haben einen Fachkräftemangel, wir haben aber auch das massive Problem, dass die Fachkräfte in den Einrichtungen

nicht mehr können, dass wir sie in dieser Situation praktisch verbrennen, dass die umkippen oder dass sie sogar sagen: Ich halte das nicht durch, ich reduziere meine Stundenzahl oder wechsle meinen Beruf. Da müssen wir wirklich ganz schnell ran.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Dann machen wir weiter mit Herrn Professor Dr. Axel Plünnecke. Ihnen wurde eine Frage von der FDP gestellt. – Bitte sehr.

Prof. Dr. Axel Plünnecke (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann man grundsätzlich erst einmal zwei große Effekte nennen. Diese sind auch wichtig in Bezug auf Kernzeiten und Randzeiten. Das eine ist das Thema „Betreuung“. Wir wissen natürlich aus vielen Studien, dass, wenn mehr Kapazitäten vorhanden sind – 45-Stunden-Betreuung –, es einfacher ist, die Erwerbswünsche zu realisieren. Das führt natürlich unmittelbar dazu, dass man das Bruttoinlandsprodukt erhöht und dass über die steigende Zahl an Erwerbstätigen auch mehr Steuereinnahmen generiert werden. Das kann sich bis in hohe Anteile selbst finanzieren, aber natürlich bei anderen Quellen als denen, die die Kosten tragen. Es ist ja in unserem fiskalischen System so, dass der Investor nicht derjenige ist, der die vollen Erträge aus Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen am Ende auch bekommt. Betreuung ist der eine Effekt.

Der andere Effekt ist langfristig viel wichtiger, weil er auch noch große Sozialkomponenten hat: das Thema „Bildung“, inklusive der Qualität der Einrichtung und Sprachförderung. Das ist langfristig fundamental und zentral wichtig für das Wirtschaftswachstum eines Landes: in die Qualität zu investieren, alle Kinder zu erreichen, gerade die Kinder mit dem größten Förderbedarf, mit Migrationshintergrund, aus bildungsfernen Haushalten, und ihnen einen guten Start in das Bildungssystem zu ermöglichen, damit sie langfristig, am Ende ihrer Bildungslaufbahn einen mittleren Abschluss, eine Ausbildungsreife erreichen. Das wirkt sich fiskalisch und auf das Wachstum langfristig extrem stark aus.

Warum ist es wichtig, hierbei zu unterscheiden? Wir sehen beim Thema „Bildung in der Kita“ empirisch keinen so großen Unterschied zwischen einem Teilzeitplatz und einem Vollzeitplatz. Das heißt, die Kernzeit, in der die Bildungsarbeit im Wesentlichen stattfindet, ist fundamental wichtig und sollte möglichst allen kostenfrei zur Verfügung stehen.

Worüber man diskutieren kann, ist das Thema „Randzeiten“. Das hat vor allem einen sehr starken ökonomischen Effekt über die Erwerbstätigkeit. Von diesen profitieren natürlich auch die Paare individuell sehr stark, die in dieser Zeit höhere Einkommen erzielen können, sodass man hinsichtlich der Randzeiten durchaus über sozialverträglich gestaffelte Kitagebühren diskutieren kann.

Wenn die Mittel knapp sind – wenn sie nicht knapp wären, dann hätten wir keine Probleme und würden hier nicht sitzen –, dann sollten sie in die Qualität, in die Erreichbarkeit der Kernzeit für möglichst alle gesteckt werden. Und dann kann man über sozial gestaffelte Beiträge für die Randzeiten nachdenken – das ist ganz wichtig, damit Alleinerziehende auch Vollzeitplätze buchen können –, indem Doppelverdiener mit guten Einkommen einen Teil der Kosten mittragen. Das halte ich für einen guten Kompromiss,

um die Wachstumseffekte möglichst vollständig generieren zu können und gleichzeitig auch die Finanzierung sozialverträglich irgendwie hinzubekommen.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Dann erhält zum Abschluss der Antwortrunde Frau Stroop vom VAMV das Wort. – Bitte sehr.

Nicola Stroop (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband NRW):

Ich bringe jetzt die Perspektive der Eltern ein, vor allem der alleinerziehenden Eltern, weil diese immer der Lackmустest sind, wenn es um das Thema „Vereinbarkeit“ geht. Wenn es für Alleinerziehende passt, die in der Regel Care-Arbeit und Erwerbsarbeit ganz allein stemmen müssen, dann passt es in der Regel auch für Paarfamilien.

Die wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden – das ist ja bekannt – ist deutlich schlechter als von Eltern in Paarfamilien. In NRW leisten wir uns eine Armutsquote von 47 % bei den Alleinerziehenden; bundesweit leisten wir uns „nur“ 37 %. Das heißt, in NRW sieht es noch mal deutlich schlechter aus als bundesweit. Die Armutsquote von Paarfamilien liegt bei etwas über 6 %. Da besteht also schon ein Riesenunterschied.

Die wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden, also das Haushaltseinkommen, setzt sich aus dem Arbeitslohn für Erwerbsarbeit, aus – wenn man richtig viel Glück hat – ein bisschen Unterhalt und aus Kindergeld zusammen. Daran sieht man schon, dass die Erwerbssituation ganz klar auch mit der Haushaltseinkommenssituation zusammenhängt. Wenn ich weniger Kinderbetreuung habe, dann ist es logisch, dass ich auch weniger erwerbstätig sein kann.

Laut dem jüngsten Factsheet „Alleinerziehende in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung ist die Erwerbstätigenquote bei Alleinerziehenden mit Kitakindern seit der Coronazeit um 6 % gesunken und hat sich seitdem auch nicht wieder erholt. Nach dem, was Sie aus Ihrem Haus schildern, und dem, was wir von ganz vielen Alleinerziehenden hören, ist es total normal, dass man morgens auf das Handy schaut, ob man das Kind vorbeibringen kann oder ob man es eher abholen muss oder, oder, oder. Wenn man das privat nicht auffangen kann, dann wird man irgendwann seine Erwerbsarbeit reduzieren müssen, oder sie wird einem reduziert. Für Alleinerziehende gibt es im Prinzip auch keine Alternative zur Erwerbstätigkeit, weil die Unterhaltssituation einfach so ist, wie sie ist. Das muss man auch immer wieder dazusagen. Auch das wird, wenn jetzt die Pläne der Unterhaltsreform durchkommen, noch einmal schwieriger, weil sich dann die Unterhaltsleistungen für die Alleinerziehenden reduzieren werden. Das heißt, eine generelle Kappung, sollte sie geplant sein, wäre auf jeden Fall schlecht und wird von uns abgelehnt.

Eine Flexibilisierung ist wichtig. Ich glaube, mit dem Thema „Kernzeit/Randzeit“ beschäftigen wir uns als Verband schon sehr lange. Da ging es bei den Randzeiten wirklich um die extremen Randzeiten, weil wir von einer Kita ausgegangen sind, die zwischen 7 und 17 Uhr geöffnet hat. Ich glaube, dass sich die Randzeiten weiter in die Mitte des Tages verschieben werden. Wir werden nicht mehr nur von Randzeiten von morgens um 6 Uhr sprechen, sondern vielleicht auch über Zeiten vor 9 Uhr oder wann auch immer. Dabei kommt es darauf an, wie es ausgestaltet wird.

Das Projekt „Sonne, Mond und Sterne“, das wir seit zehn Jahren in Essen durchführen, ist nicht im System Kita, sondern quasi im System Zuhause angesiedelt. In diesen extremen Randzeiten – morgens um 5 oder 6 Uhr – kommen Betreuungskräfte nach Hause und bringen die Kinder dann um 7 Uhr oder wann auch immer die Kita öffnet in die Kita. Und wir sehen, dass in dieser Randzeit nicht dieselben Anforderungen vorhanden sind, wie sie vorhanden sind, wenn in der Kita Bildung stattfindet. Vielleicht muss das auch nicht sein. Es ist Kinderbetreuung, es geht, gerade wenn es im Kontext des eigenen Zuhauses ist, ganz viel um das Zubereiten von Mahlzeiten, um Spielen und um das Fertigmachen. Wenn sie am Nachmittag stattfindet, geht es auch noch mal um das Spielen oder um das Hausaufgaben erledigen, da auch Schulkinder am Projekt teilnehmen. Aber ich glaube, dass der Bildungsaspekt in diesen Randzeiten nicht ganz so groß ist. Ich selbst bin aber keine Pädagogin und kann das nur aus einer ganz praktischen Sicht sehen.

Aus diesem Projekt lernen wir auf jeden Fall – das finde ich ganz interessant, da eigentlich das Einzige, was wir in dem Projekt machen, Kinderbetreuung ist –, dass ganz viele Frauen ihre Ausbildung abschließen können. Ich sage immer: Wären wir ein Arbeitsmarktprojekt, würden wir einen Preis gewinnen. Wir haben wirklich ganz wenige Abbrecherinnen. Das ist faszinierend, da sie das teilweise unter wirklich widrigen Umständen machen. Wir geben den Familien einfach eine verlässliche Kinderbetreuung, die von ihnen benötigt wird. Und dann können die Familien zusehen, dass sie arbeiten gehen. Diese Familien müssen dann kein Bürgergeld oder kein Hartz IV mehr beziehen. Ich denke, das ist wichtig.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Damit haben alle Sachverständigen einmal gesprochen. – Ich schaue nunmehr in die Runde, ob es weitere Fragen gibt. – Herr Hafke, bitte.

Marcel Hafke (FDP): In der ersten Runde wurden von den Sachverständigen bereits spannende Punkte angesprochen.

Ich möchte der Vertreterin des VAMV noch eine Nachfrage stellen bzw. meine Frage der ersten Runde präzisieren. Wir wissen, dass das KiBiz nach wie vor noch nicht fertig ist und in ihm noch viele Baustellen vorhanden sind. Sie selbst haben einige skizziert. Vielleicht können Sie noch mal sagen, wie das KiBiz aus Sicht von Alleinerziehenden – Stichwort Randzeitenbetreuung – ausgestaltet werden müsste. Bestenfalls sollten das keine utopischen Vorstellungen sein, da wir das ja auch irgendwie umsetzen müssten.

Und: Wie könnte das Projekt „Sonne, Monde und Sterne“, über das wir schon mehrfach gesprochen haben und immer wieder sprechen, das erstklassig ist und das eine Art Pilot darstellt, landesweit ausgerollt werden?

An Frau Professorin Stöbe-Blossey richte ich noch eine Frage zur 35-Stunden-Basisbetreuung. Diesbezüglich interessiert mich besonders, was das Ihrer Ansicht nach mit der Wirtschaft zu tun hat bzw. welche wirtschaftlichen Auswirkung diese mit sich bringt. natürlich gilt die Aussage: Eltern nehmen jede Betreuung, die sie haben können, um eine Planbarkeit hinzubekommen. Aber letztendlich bedeutet das ja, dass sie keiner Vollzeitstelle mehr nachgehen können; denn es ist nicht in jeder Branche möglich,

dass beide Elternteile den Stundenumfang reduzieren. Vielleicht können Sie ausführen, welche Konsequenzen eine 35-Stunden-Betreuung Ihrer Auffassung nach mit sich bringt und wie eine Alternative ausgestaltet werden könnte.

Jens Kamieth (CDU): Ich habe noch eine Frage. Frau Professorin Dr. Stöbe-Blossey hat gerade schon die Wertschätzung angesprochen. Herr Professor Dohmen, Sie haben in Ihrer Stellungnahme ebenfalls von Wertschätzung gesprochen. Eine bessere Wertschätzung für Fachkräfte ist in der Tat immer ein wichtiges Thema. Könnten Sie uns diesen Aspekt noch einmal etwas genauer darstellen und möglichst konkret fassen? Was beinhaltet Wertschätzung – sprich: wie bringe ich sie zum Ausdruck? –, und wer sollte sie zum Ausdruck bringen? Dabei ist an Träger, an Leitungen, an Eltern, theoretisch auch an kleine Kinder – da bin ich mir aber nicht sicher –, jedenfalls an alle möglichen Personen zu denken, die Wertschätzung zum Ausdruck bringen könnten.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Faulhaber-Birghan vom Caritasverband. Sie haben gerade schon über die Kosten gesprochen. Ich möchte gern gezielt auf die Sachkosten zu sprechen kommen, die schon sehr lange thematisiert werden. Die Prognos-Studie hat dazu keine finale Aussage getroffen; das ist Ihnen bekannt. Ich kann mich an die Diskussionen im Zuge der letzten KiBiz-Änderung erinnern. Zu dieser lag keine wissenschaftliche Umfrage vor. Wir würden das Problem gern lösen. Wie sähe Ihr Lösungsvorschlag aus? Nach welchem Schlüssel sollten Sachkosten umgelegt bzw. getragen werden?

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe aus der ersten Runde gelernt, dass ein Konzept mit Kern- und Randzeiten schwerpunktmäßig auf zwei Dinge abzielt: erstens darauf, dass Eltern möglichst weniger Betreuung in Anspruch nehmen oder nehmen können, um das für alle hinzubekommen, und zweitens, dass darüber auch eine neue Finanzierungsquelle durch Elternzahlungen erschlossen werden soll.

Bei der Frage nach der Finanzierung bin ich naturgemäß zurückhaltend, die Eltern jetzt in die Verantwortung zu nehmen, wenn man weiß, dass der Staat es über Jahre nicht hinbekommen hat, für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Herr Dohmen, Sie hatten eben angedeutet, dass Sie gern noch über Finanzierung sprechen wollten. Sie haben bereits einen Vorschlag gemacht. Ich sage augenzwinkernd einmal: Sie haben gesehen, dass es sich um einen FDP-Antrag handelt, also schlagen Sie mal ein Fondsmodell vor, in den die Privaten einzahlen sollen. Erklären Sie uns dieses Modell doch mal etwas genauer. Denn ich als Sozialdemokrat sage, dass es sich zunächst um eine staatliche Aufgabe handelt und man es nicht über solche Wege regeln sollte.

Vielleicht kann auch Herr Dähne eine Einschätzung dazu abgeben, wer eigentlich primär für die Finanzierung verantwortlich ist.

Meine zweite Frage stelle ich Herrn Faulhaber-Birghan, da Sie aus der Praxis kommen. Eben hieß es, Kern- und Randzeiten könnte man auch deswegen erfüllen, weil Kinder immer mal wieder Ruhephasen bräuchten, und in diesen Phasen bräuchte man dann vielleicht weniger professionelles oder quantitativ weniger Personal. Ich kenne es von meiner eigenen Tochter: Als die in der Kita war, drehte sie mittags immer komplett auf, also in der Zeit, in der man annimmt, dass es eine Ruhephase ist. Bei ihr war es

jedenfalls nicht der Fall. Sind Kinder nicht viel zu individuell, als dass man sagen könnte: „Wir machen das curricular. Die paar Stunden sind für Bildung, und alles andere ist dann irgendwie Entspannung“? Erleben Sie den Alltag auch so?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage an Herrn Dähne. Die FES hat in einer Studie belegt, dass gerade Kitas, die in Stadtteilen liegen, die große Herausforderungen mit sich bringen, oft weniger gute Betreuungsqualitäten aufweisen. In NRW gibt es verschiedene Förderprogramme, die diesem Zustand eigentlich entgegenwirken sollen. Wie können die bestehenden Angebote so verbessert werden, dass die Wirksamkeit gerade dort erhöht wird, wo der Bedarf am höchsten ist? Oder: Wie kann der Zugang zu Kitas gerade für die Kinder verbessert werden, die einen hohen Bedarf haben?

Meine zweite Nachfrage richtet sich an Herrn Faulhaber-Birghan: Wie können Kinderpfleger*innen verstärkt auch neben der Weiterqualifizierung im Betrieb eingesetzt werden?

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Da es in dieser Runde keine weiteren Wortmeldungen für Fragen gibt, können wir in die Antwortrunde übergehen. Ich schlage vor, dieses Mal die Reihenfolge zu ändern und mit Frau Stroop zu beginnen. Ich habe notiert, dass an Sie eine Frage von der FDP gerichtet wurde. – Bitte sehr.

Nicola Stroop (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband NRW): Ich würde noch mal darauf eingehen, an welchen Stellen wir denken, dass das KiBiz reformiert werden müsste, damit eine Randzeitenbetreuung besser ausgestaltbar ist, als sie es jetzt ist. Das betrifft auf jeden Fall § 48, in dem die Flexibilisierungsmittel geregelt sind. Insbesondere betrifft das den in diesem angesprochenen Qualifizierungsrahmen. Es handelt sich um den Qualifizierungsrahmen zu Kindertagespflegepersonen, also 160 Stunden. Dabei handelt es sich um den alten Qualifizierungsrahmen nach dem DJI und nicht dem neuen nach dem QHB.

Dieser ist aus unserer Sicht nicht gut geeignet für eine Betreuung in den Randzeiten. Wir qualifizieren, glaube ich, seit gut 30 Jahren in Essen Kindertagespflegepersonen. In gut der Hälfte der 160 Stunden wird thematisiert, wie man sich selbstständig machen kann. Zu diesem Themenkomplex kommt immer ein Vertreter der Sparkasse Essen und erklärt beispielsweise den Unterschied zwischen einem Geschäfts- und einem Privatkonto. Das ist wichtig; das braucht man aber sicherlich nicht, um eine Betreuung in den Randzeiten gut vornehmen zu können. Das heißt, die Grundlage, die dort gelegt wird, könnte man heranziehen, um zu schauen, welche Themenfelder ohnehin nicht benötigt würden.

Zudem ist das Alter der Kinder, für die die Kindertagespflegepersonen qualifiziert werden, null bis drei Jahre. Das ist nicht unbedingt das Alter der Kinder, die in einer Randzeitenbetreuung sind, denn unserer Erfahrung nach sind diese Kinder etwas älter. In unserem Projekt – ich hatte es gerade schon gesagt – werden teilweise auch Schulkinder betreut. Jedenfalls sind es nicht die Allerkleinsten. In der Regel sind sie mindestens drei Jahre alt. Das heißt, es ist total wichtig, einen altersspezifischen Anteil

vorzusehen, der hinterher auch dem entspricht, was später während der Ausübung der Tätigkeit gefordert ist.

Wir denken, es ist auch dringend notwendig, eine Fachberatung vorzugeben. Das Thema „Kinderschutz“ lässt sich unseres Erachtens nicht unbedingt über den Qualifizierungsrahmen abdecken. Vielmehr braucht es hierfür eine engmaschigere Kontrolle durch eine Fachberatung. Das alles zusammen könnte man unserer Meinung nach in § 48 regeln. Dann wären vielleicht derartige Betreuungssettings eher möglich. Das bezieht sich aber tatsächlich auf die Betreuung zu Hause und nicht darauf, dass die Kita, was für viele Eltern auch eine Riesenentlastung wäre, hintenraus noch eine halbe Stunde länger geöffnet ist. Aber wenn wir beispielsweise über Zeiten von 17 bis 18 Uhr sprechen, dann ist es auf jeden Fall etwas anderes, als wenn es früh morgens stattfindet. In diesen Zeiten sehen wir es überhaupt nicht als möglich an, es institutionell in Kitas anzubieten. Ein Kind müsste um 4 Uhr aufstehen, um um 5 Uhr in der Kita zu sein. So etwas müsste auch im Haushalt der Eltern ermöglicht werden.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Da keine Fragen an Sie, Herr Professor Dr. Plünnecke, gestellt wurden, fahren wir fort mit Herrn Faulhaber-Birghan. An Sie wurden zwei Fragen gerichtet, und zwar von der CDU, den Grünen und der SPD.

Prof. Dr. Axel Plünnecke (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Als Erstes beantworte ich die Frage der CDU zu den Sachkosten. Wir haben eine Kindpauschale. Deshalb fließt am Ende alles aus der Kasse heraus. Aber in der letzten Zeit wurde durch die enorm gestiegenen Energiekosten und die Inflationsrate sehr deutlich, dass wir an die Grenzen kommen. Es hat sich insgesamt kumuliert; zuletzt sind noch die Personalkosten gestiegen. In Summe fehlt einfach viel Geld.

Bezüglich eines Schlüssels könnte man vielleicht die Aufteilung 80 : 20 angeben, aber das ist lediglich eine Schätzung. Das müsste ich im Grunde genommen in meinen Zahlen auch erst mal evaluieren. Aber grundsätzlich ist es so, dass die Kosten massiv gestiegen sind; das weiß auch jeder. Das schlägt natürlich auch in den Kitas auf. Beispielsweise ist auch Nahrung deutlich teurer geworden. Daher ist das Thema da. Wir haben uns an Prognos beteiligt. Das war mit sehr viel Arbeit verbunden. Die Beteiligung erfolgte auf freiwilliger Basis. Wir wussten aber, dass es wichtig ist, da es auch politisch wirksam wird. Davon merken wir bisher aber nichts, weil die Ergebnisse angeblich nicht auswertbar sind. Das irritiert natürlich sehr. – So viel dazu.

Zu den Kern- und Randzeiten: Es ist so, dass Kinder unterschiedlich sind. Wir versuchen, diesen unterschiedlichen Bedarfen immer gerecht zu werden. Manche Kinder müssen beispielsweise zu anderen als den vorgesehenen Zeiten schlafen, andere Kinder wiederum schlafen gar nicht. All das versuchen wir, bedarfsgerecht zu befriedigen und zu kommunizieren. Manchmal weichen auch die Vorstellungen der Eltern von denen ihrer Kinder ab. Das bekommen wir grundsätzlich hin. Aber dafür braucht man natürlich auch Qualifikation und Qualität. Nichtsdestotrotz gibt es Möglichkeiten.

Jetzt kommen wir zum Thema „Randzeitenbetreuung“. Was ich mir vorstellen kann, auch aufgrund der Stellungnahme von Frau Stöbe-Blossey, die ja ebenfalls das Randzeitenmodell beschreibt, ist, dass wir vielleicht die Kernzeiten ein Stück weit eingrenzen,

um im System Entlastung zu schaffen, und dann mit den Randzeiten kommen, um verbindliche Anschlussmöglichkeiten zu schaffen. Das ist eine quantitative Entwicklungsmöglichkeit. Qualitativ muss man natürlich schauen, wo die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Qualität sind. Hier sehe ich aber einen Ansatz, zunächst einmal für Entlastung im System zu sorgen.

Die letzte Frage an mich betraf die Einsatzmöglichkeiten von Kinderpfleger*innen. Die Berufsgruppe der Kinderpfleger*innen unterscheidet sich von der Grundqualifikation, aber auch von dem, was sie mitbringen, zu den Fachkräften. Da gibt es Unterschiede. Es gibt aber auch hervorragende Kinderpfleger*innen, die viel Berufserfahrung vorweisen können und die sich gut entwickelt haben. Wir versuchen, diese mit entsprechenden Fortbildungen weiterzuentwickeln und sie gegebenenfalls tatsächlich zur Fachkraft weiterzubilden. Die Möglichkeiten und Grenzen sind individuell. Aber wir sind gern dazu bereit. Auch hier gibt es ein Potenzial, das wir gern bergen. Das wiederum braucht auch wieder Begleitung in den Kitas. Daher ist das auch wieder ein Hinweis darauf, dass die Leitungen freizustellen sind oder Ausbildungsbegleiter*innen mit Praxisbegleitungen entsprechend besser ausgestattet werden, die einen solchen Prozess qualitativ absichern könnten.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Kurz zwischendurch: Sie halten sich alle vorbildlich an die Redezeit. Das ist wirklich toll. Danke dafür. – Dann machen wir mit Frau Stöbe-Blossey weiter. An Sie wurden zwei Fragen gerichtet, und zwar von den Fraktionen der CDU und der FDP.

Prof.'in Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Zunächst zu der Frage: „Wie soll das mit der Erwerbstätigkeit bei nur noch 35 Stunden gehen?“ Ich habe – um Himmels willen – nicht geschrieben: 35 Stunden für alle reichen. Vielmehr habe ich vor dem Hintergrund der Knappheit an Ressourcen, und zwar vor allem an Personalressourcen, die Frage aufgeworfen: Wie kann man zu einer verbindlichen, verlässlichen und bedarfsgerechten Verteilung kommen? Ich könnte mir vorstellen, dass in der aktuellen Situation – anknüpfend an das, was Herr Professor Plünnecke eben gesagt hat – für alle eine Kernzeit kostenlos und verbindlich zugänglich sein könnte mit der Voraussetzung, dass man das nicht allein macht, sondern einige begleitende Maßnahmen vornimmt, wie z. B. die Reform des § 48, die Frau Stoop angesprochen hat – da könnte man auch noch etwas mehr ins Detail gehen –, oder die Möglichkeit, die 35 Stunden zeitlich etwas flexibler nutzen zu können, als es jetzt in vielen Einrichtungen der Fall ist. Man könnte beispielsweise durchaus sagen: Ich nehme zwei Nachmittage und zwei Vormittage. Das ist organisierbar. Es gibt viele Einrichtungen, die das zeigen. Das würde auch zu einer enormen Entlastung führen und eine bedarfsgerechte Zuweisung mit sich bringen.

Man kann sich vielleicht auch an dem orientieren, was in einigen anderen Bundesländern praktiziert wird: dass es nach Bedarf ein kostenfreies Kontingent gibt, und zwar nach belegbarem Bedarf, damit ich also, wenn ich bestimmte Arbeitszeiten habe und bestimmte Betreuungszeiten brauche, diese auch bekomme. Das ist auch nicht hundertprozentig ideal und führt zu zusätzlichem Prüfungsaufwand, aber es geht wirklich

um die Frage: Wie bekommt man es in der aktuellen Situation hin, dass wirklich diejenigen das bekommen, was sie brauchen, die es brauchen? Dieses „Wir lügen uns eins in die Tasche“, sage ich jetzt mal etwas flapsig, dass wir sagen: „Ach ja, jeder bekommt das, was er oder sie gern möchte“, funktioniert in der Praxis eben nicht; denn dort spielt auch das Recht des Stärkeren eine Rolle.

Bezüglich des Themas „Wertschätzung“ knüpfe ich an das an, was Herr Faulhaber-Birghan gesagt hat. Dem möchte ich noch hinzufügen: Es ist immer schwierig, ganz konkret zu sagen, wie Wertschätzung aussieht. Dabei spielen weiche Faktoren eine Rolle. Vom politischen Diskurs her würde ich mir wünschen, dass man in der Tat nicht nur von Fachkräftemangel und Fachkräfteoffensive redet, sondern von einer Personaloffensive und damit auch ausdrückt, dass auch weiteres Personal gewünscht ist. Das sollte man auch so ausdrücken. Es geht auch viel um das Wording. Man sollte beispielsweise nicht von „nicht qualifiziertem Personal“ sprechen, sondern von „anders qualifiziertem Personal“. Man muss sagen, es würden andere Erfahrungen in die Kindertageseinrichtungen eingebracht. Das hat wirklich ganz viel mit weichen Faktoren zu tun.

Des Weiteren hat es etwas damit zu tun, dass man Fortbildungsmöglichkeiten – ich glaube, das ist eben auch schon angesprochen worden – und auch Anrechnungsmöglichkeiten auf Qualifikationen anbietet. Wir müssen darüber nachdenken, dass z. B. die Kinderpflegerin, die sich zur Erzieherin weiterqualifizieren möchte, bessere Möglichkeiten hat, das auch berufsbegleitend zu machen, und dass die nicht wieder bei null anfängt. Das wäre sonst auch nicht besonders effizient. Es muss eben Anrechnungsmöglichkeiten geben. Im Bildungssystem müssen wir diesbezüglich viel flexibler werden.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Bevor wir die Antwortrunde der Sachverständigen fortsetzen, erteile ich Herrn Hafke das Wort für eine Zwischenfrage.

Marcel Hafke (FDP): Ich möchte hier gern noch einmal nachhaken, weil ich diesen Diskurs für ziemlich zentral halte: Welche Prioritäten setzen wir? Wir haben eine Mangelverwaltung – das wissen wir –, und man bekommt diese auch nicht mal so eben aufgelöst, weil Pi mal Daumen – je nachdem, welche Rechnung man zugrunde legt – heutzutage 20.000 Erzieher fehlen. Diesen Mangel kann niemand mal eben so beseitigen.

Natürlich könnte man, wenn man rein mathematisch an das Thema herangeht, vorschlagen: Wir reduzieren das Stundenkontingent, und alle freiwilligen Leistungen drumherum müssen gebucht werden, wofür zusätzliches Geld bezahlt werden muss. Aber auch hierfür braucht man Personal. Denn die Umsetzung des Vorschlags führt ja nicht automatisch dazu, dass mehr Personal im System vorhanden ist, weshalb die Frage „Welches Personal ist denn dann in den Randzeiten da, und welche Qualifikationen bringen die mit?“ weiterhin zu beantworten ist.

Daher richte ich folgende konkrete Nachfrage an Sie: Ist es nicht eher klug, einmal herzuzugehen – irgendjemand von Ihnen hatte es vorhin auch schon gesagt – und sich mit der faktischen Situation auseinanderzusetzen, ob eine Gruppe nur mit Fachkräften

besetzt sein muss oder ob man nicht besser sagen sollte: Wir haben einen gewissen Zeitkorridor, der mit Fachkräften besetzt sein muss, und in den anderen Zeiten sprechen wir über eine Betreuung, die auch von Ergänzungskräften und anderen Kräften sichergestellt werden kann, damit man, ohne dass sich die Eltern zusätzlich an den Kosten beteiligen müssten, eine Betreuungszeit von etwa 45 Stunden erreicht? Ich tue mich politisch sehr schwer damit – wir haben mit Ach und Krach zwei beitragsfreie Jahre hinbekommen –, das jetzt wieder aufzubrechen, ohne die Garantie zu haben, wieder mehr Personal zu bekommen. Ich habe noch keinen Vorschlag von Ihnen erkannt, wie man mehr Personal bekommt, um ein größeres Platzangebot zu schaffen. – Das ist eher eine Anmerkung verbunden mit einer Bitte, hierauf noch mal näher einzugehen.

Prof.'in Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Auch hier gilt: Man muss beides tun. Wir kommen in der jetzigen Situation nur mit einem ganzen Strauß an Maßnahmen weiter. Dass das mit dem kostenfreien Anteil und den zubuchbaren Stunden keine Ideallösung ist, das wissen wir alle. Auf der anderen Seite wird das in einer Reihe anderer Bundesländer derart praktiziert. Völlig undenkbar ist das, glaube ich, also auch nicht.

Es gibt im Moment natürlich ein politisches Zeitfenster, in dem man durchaus darüber nachdenken kann, eine solche Lösung – wie gesagt, immer kombiniert mit einem ganzen Strauß an anderen Maßnahmen – zu machen. Denn Sie wissen, dass mit der neuesten Fassung des Gute-KiTa-Gesetzes bzw. des entsprechenden Nachfolgegesetzes die Beitragsfreiheit nicht mehr finanziert werden kann. Das heißt, Sie kommen ohnehin nicht darum herum, sich zu überlegen, wie das kostenmäßig aussehen kann. Man kann, wenn man sagt, das oberste Ziel seien gute Bildung, der Zugang für alle – also ganz im Sinne von dem, was Herr Professor Plünnecke eben gesagt hat – und bedarfsgerechte Zubuchungsmöglichkeiten bis hin zu den extremen Randzeiten – „Sonne, Mond und Sterne“ – nach Bedarf, wäre das eine Lösung, über die es sich meines Erachtens lohnt, nachzudenken. Dass diese mit allen Möglichkeiten zur Gewinnung von zusätzlichem Personal, die hier schon andiskutiert worden sind, kombiniert sein muss, ist ohnehin selbstverständlich. Wir müssen also, glaube ich, an beiden Schrauben drehen.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Dann fahren wir fort mit Herrn Dohmen. Für Sie habe ich zwei Fragen von SPD und CDU notiert. – Bitte sehr.

Dieter Dohmen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie [per Video zugeschaltet]): Lassen Sie mich kurz auf die Themen „Mangelverwaltung“ und „Kern- und Randzeiten“ eingehen. Meine Frau ist Leiterin einer Kita, insofern bekomme ich das sehr realitätsnah mit. Natürlich haben Kitas in den Randzeiten nicht die gleiche Besetzung wie in den Kernzeiten. Ich glaube, wir können es den Trägern und den Kitaleitungen durchaus zutrauen, dass sie in der Lage sind, ihre Personaleinsatzpläne so zu gestalten, wie es entsprechend der Maßnahmen am sinnvollsten ist, und nicht versuchen, permanent von oben alles zu regeln.

Das heißt, ich weiß gar nicht, ob wir wirklich ernsthaft darüber reden müssen, wie Kitas besetzt sind. Vielmehr müssen wir darüber nachdenken, wie wir das übertragen können. Das Thema, das angesprochen werden muss, ist die Finanzierung. Wenn ich das nordrhein-westfälische KiBiz richtig im Kopf habe, haben wir sozusagen drei Zeitblöcke. Das heißt, wenn ich 37,5 Stunden brauche, dann bin ich automatisch im 45-Stunden-Block. Daher stellt sich für mich die Frage: Ist es nicht sinnvoller, statt drei Blöcken sechs Blöcke zu machen, um zumindest die Fenster ein wenig kleiner zu gestalten? Betriebswirtschaftlich muss sich die Kita aber rechnen; das muss man immer im Hinterkopf behalten. Natürlich habe ich als Träger aus dieser Perspektive einen gewissen Anreiz, eher Kinder zu nehmen, für die mehr Betreuungszeit gebucht wird, als Kinder, für die weniger Zeit gebucht wird, je nachdem, wie die Personalstruktur ist.

Ganz kurz zum Thema „Wertschätzung“: Wertschätzung hat einerseits etwas mit Vergütung zu tun. Und wenn die Kitaleitung mit viel Erfahrung gerade einmal so viel verdient wie eine Berufsanfängerin im ersten Jahr an einer Uni – sprich: mit 4.800 nach Hause geht oder gerade mal nach Hause geht –, dann ist das möglicherweise auch eine Frage der Wertschätzung, die nicht übermäßig hoch ist. Das heißt, wir müssen über Vergütungsstrukturen reden, wir müssen darüber reden, ob das SuE angemessen ist. Das ist ein Teil.

Zweiter Punkt: Wir müssen, glaube ich, die Leistungen der Kitafachkräfte oder der Kräfte in den Kitas tatsächlich wertschätzen. Die haben in der Coronazeit eine unglaubliche Leistung vollbracht, haben das Land am Laufen gehalten. Dafür gab es mal kurz eine Coronaprämie – aber das war es dann auch. Die „Klatschrunden“ waren nach drei oder vier Wochen wieder beendet. Die Folgen spüren wir heute: Die Leute sind permanent krank sind, und wir können die Plätze, die wir haben, überhaupt nicht besetzen, weil jenseits des Fachkräftemangels auch das Thema „Verfügbarkeit von Fachkräften“ eine Rolle spielt. Das heißt, hier stellen sich die Fragen: Wie gehe ich damit um? Erkenne ich das an? Habe ich die Möglichkeit, das zum Teil über sogenanntes multiprofessionales Personal auszugleichen und hier mehr Anerkennung zu bieten? Das sind Teilbereiche; man müsste noch in die Details gehen.

Zur Wertschätzung gehört aber auch, dass weitere Zeiten bei den Kitaleitungen anerkannt werden, und zwar in ausreichendem Maß, z. B. wenn es um Begleitzeiten für die berufsbegleitende oder praxisintegrierte Ausbildung geht, wenn es um Fortbildungen geht, wenn es um Anrechnung von Krankheitszeiten geht.

Dann wurde ich noch nach dem großen Thema „Mangelverwaltung“ gefragt. Lassen Sie mich mit dem Satz einsteigen: Wir spüren heute die Folgen der Fehler im Bildungsbereich der Vergangenheit, und wenn wir so weitermachen, werden wir in 5, 10 oder 20 Jahren die Folgen einer mangelnden Bildungspolitik von heute spüren. Die mangelnde Bildungspolitik von heute wird maßgeblich durch unzureichende Finanzen auf der einen Seite und Verteilungskämpfe auf der anderen Seite determiniert. Der Bildungsbereich ist erfahrungsgemäß nicht der Bereich, der die größte Priorität genießt, ohne zu sagen, er liefe unter ferner liefen. Aber wenn wir ehrlich sind, müssten wir in den gesamten Bildungsbereich – angefangen vom Kitabereich bis zur Schule, Berufsbildung, Weiterbildung – viel mehr Geld investieren, da wir ansonsten in allen Indikatoren, in allen volkswirtschaftlichen Indikatoren weiter durchgereicht werden. Wir haben heute

unter den 15-Jährigen einen Anteil von 20 bis 25 %, die kaum rechnen, schreiben und lesen können und die damit nicht ausbildungsfähig sind. Diese Leute fehlen uns u. a. möglicherweise auch in der Erzieher*innenausbildung oder im Bereich des Kitapersonals. Sprich: Ich habe zwei Möglichkeiten.

Natürlich halte ich es für richtig, dass Bildung grundsätzlich eine öffentliche Ausgabe ist. Ich muss aber anerkennen, dass die öffentliche Hand die notwendigen Ausgaben, die ich brauche, nicht stemmen kann, wenn eher nach kurzfristigen Maßgaben ausgegeben wird als nach langfristig sinnvollen. Deswegen hatte ich die Idee, einen Education Investment Fund aufzusetzen, dessen Ziel es ist, langfristig sinnvolle Investitionen zu finanzieren und zu ermöglichen, auch über das, was die öffentlichen Haushalte geben können, um hier eine andere Perspektive hereinzubekommen. Es geht also nicht darum, was kurzfristig möglich ist, sondern darum, was langfristig nötig ist. Dazu brauche ich einen anderen Horizont als eine oder zwei Wahlperioden; denn bildungspolitische Maßnahmen zahlen sich langfristig aus. Im Kitabereich reden wir über Zeiten von 20, 25 oder 30 Jahren, bis sie anfangen, sich wirtschaftlich, fiskalisch niederzuschlagen.

Wenn wir mit den öffentlichen Mitteln nicht hinkommen, dann bleibt in meinen Augen nur die Möglichkeit, auf private Mittel zurückzugreifen. Das heißt, der Fonds wird über private Mittel gespeist. Das können Privatpersonen sein, das können Lebensversicherungen sein, das kann ein Pensionsfonds sein, das können Stiftungen etc. pp. sein. Über den Fonds wird dann beispielsweise der Ausbau des Kitabereichs finanziert. Das führt perspektivisch dazu, dass weniger Kinder schlechte Bildungsleistungen haben, sprich: Wir haben mehr Auszubildende in dualen Systemen, wir haben mehr Auszubildende in den schulischen Bereichen, wir haben vielleicht auch mehr Studierende und weniger junge Menschen, die das Berufsleben ohne abgeschlossene Berufsausbildung beginnen – und die Zahlen nehmen im Moment dramatisch zu. – Ich bin gleich am Ende. – Wenn sich das fiskalisch rechnet – das wird sich rechnen, mit großen Erträgen –, dann kann ich einen Teil der fiskalischen Erträge in den Fonds zurückgeben und daraus auch die Investoren anteilig und in angemessener Form beteiligen.

So weit in aller Kürze. Das ist vielleicht ein bisschen abstrakt. Die Begeisterung hält sich bei meinen Mitexpert*innen offenkundig in Grenzen. Aber wir müssen über alternative Wege nachdenken.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Dann schließen wir die Runde mit Herrn Dähne. Für Sie habe ich Fragen der Fraktionen der SPD und der Grünen aufgeschrieben.

Florian Dähne (Friedrich-Ebert-Stiftung): So wenig begeistert ist die Runde hier doch gar nicht, Herr Dohmen.

Ich teile grundsätzlich ganz viel von dem, was Herr Dohmen gerade gesagt hat. Ich fürchte auch, dass das System strukturell unterfinanziert ist. Natürlich hätte ich grundsätzlich normativ auch den Ansatz, zu sagen: Kita ist ein Bildungsort, und Bildung soll bitteschön kostenfrei sein. Gleichwohl würde ich mit genau der gleichen Einschränkung, die Herr Dohmen gerade angeführt hat, nach Möglichkeiten schauen, zusätzliche Ressourcen in das System zu bekommen. Offensichtlich gelingt es im Moment nicht,

die öffentlichen Haushalte so aufzustellen, dass es so funktioniert, dass es bedarfsdeckend läuft.

Jetzt können wir natürlich über die Einnahmenseiten der öffentlichen Haushalte diskutieren, aber dafür sind wir nicht hier. Was wir zumindest konstatieren können, ist, dass die Zahlungsbereitschaft bei wohlhabenden Eltern, die ihr Kind in einer Kita haben, durchaus vorhanden ist. Ich halte es für politisch vertretbar, diese zumindest für die Randzeiten anzuzapfen. Dass das nicht die ideale Welt ist, die ich mir wünschen würde, ist etwas anderes. Aber ich glaube, dass, angesichts der Situation, in der es sich freie Träger nicht mehr leisten können, ihre Fachkräfte nach Tarif zu bezahlen, das dem gesamten Berufsfeld so wahnsinnig schadet, dass ich alles das, was zu mobilisieren möglich ist – auch an privatem Kapital; vielleicht in einem Fonds, wie von Herrn Dohmen vorgeschlagen –, auch im System der frühkindlichen Bildung durchaus willkommen heißen würde.

Zur Frage, was man tun könne, um dem Recht des Stärkeren bei der Platzvergabe ein kleines bisschen entgegenzuwirken: Ich glaube, da gäbe es durchaus einiges, was man tun kann. Die Frage ist tatsächlich, ob man das politisch möchte. Denn so lange man so wenige Plätze hat, wird es immer Familien geben, die keinen Platz bekommen werden. In dieser Situation ist es natürlich sehr bequem, sich zurückzulehnen und zu sagen: „Lasst uns denjenigen, die am dollsten kämpfen und die uns auch am allermeisten wehtun würden, wenn sie keinen Platz bekämen, einen Platz geben. Diejenigen, die sich eh nicht wehren, bekommen keinen.“ Das halte ich politisch aber für falsch.

Lösungsansätze, die in Diskussionen zu dieser Thematik vorgeschlagen werden, sind beispielsweise, das System der frühen Hilfen sehr viel stärker als Anbahnungssystem für einen Platz in einer Kita zu nutzen oder das System der Familienzentren. Es gibt zumindest Modellideen mit einer Art Gutscheinverteilung. Die Platzvergabe erfolgt dann nicht in der Weise, dass sich Eltern um einen Platz kümmern müssten, sondern ihnen würde automatisch ein Platz angeboten. Ich glaube, man könnte einiges tun, um das System ein wenig niedrighwelliger zugänglich zu machen. Aber natürlich ist das politisch extrem heikel, solange wir darüber reden, dass Kitaplätze ein sehr knappes Gut sind. Dass es richtig ist, steht für mich trotzdem außer Frage.

Zur Frage „Was könnte man tun, um Ungleiches ungleich zu behandeln – Kitas in sozial sehr herausfordernden Lagen versus andere Kitas?“: Da sind wir im Schulsystem durchaus etwas weiter. Da gab es auch lange Zeit die Wahrnehmung, das ginge gar nicht richtig, jedes Kind sei gleich viel wert, weshalb auch jede Institution gleich gefördert werde. Davon sind wir im Schulbereich mittlerweile etwas abgerückt und wissen: Da, wo die Herausforderungen größer sind, braucht man eine etwas bessere Ressourcenausstattung. Ich glaube, das ließe sich im System der frühkindlichen Bereich durchaus auch machen. Wenn man das politisch wirklich wollte, dann bräuchte man so etwas wie einen Sozialindex.

Im Vorfeld des Startchancen-Programms gab es ganze Bundesländer, die sagten: „Es ist absolut unmöglich, so etwas überhaupt herzustellen.“ Es ist offensichtlich doch möglich, wenn man wirklich möchte oder wirklich muss. Ich denke, das könnte man durchaus auch im Bereich der frühkindlichen Bildung machen, beispielsweise indem man Personalschlüssel ein klein wenig unterschiedlich bemisst, so, wie wir es im

Schulsystem in vielen Fällen haben: dass dort, wo die Bedarfe als deutlich größer eingeschätzt werden, ein bisschen mehr Ressourcen in das System hineingegeben werden. Ich denke, das ginge durchaus.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Damit kommen wir zu einer möglichen dritten Fragerunde. Mit Blick auf die Uhr wäre es nur eine kurze. Deswegen: Wer hat noch ganz dringende Fragen? – Herr Hafke hat sich schon gemeldet. Gibt es weitere? – Ja, von Frau Eisentraut und Herrn Kamieth. Dann würde ich diese drei Wortmeldungen noch drannehmen, verbunden mit der Bitte, sich wirklich kurz zu halten. – Herr Hafke, bitte.

Marcel Hafke (FDP): Herr Professor Plünnecke und Frau Professorin Stöbe-Blossey, ich möchte noch mal auf eine Thematik eingehen, die Sie ganz explizit – andere haben es natürlich auch getan – angesprochen haben. Ich habe vielleicht einen Denkfehler, den Sie möglicherweise auflösen können.

Wenn man das Kernangebot auf 35 Stunden reduziert, jemand aber zusätzliche Stunden buchen möchte – das derzeitige Angebot von 45 Stunden kommt ja nicht von ungefähr, sondern begründet sich auf die Berechnung von acht Stunden Vollberufstätigkeit inklusive Anfahrt, Rückfahrt usw. –: Woher kommen die fehlenden 20.000 Erzieher*innen, die ich so oder so im Moment schon brauche?

Wir erleben faktisch jetzt schon, dass wir durch Personalmangel und gar nicht durch gesetzliche Vorgaben eine massive Reduzierung von 45 auf 35 Stunden haben. Ich sehe bei Ihrem Vorschlag, den Sie unterbreiten, nicht, woher das zusätzliche Personal kommt. Deswegen müssten Sie mir das noch mal erläutern. Denn egal, was ich mache, ob ich die Stunden reduziere oder nicht, führt das nicht zu mehr Personal. Deswegen noch mal meine Frage: Macht es nicht mehr Sinn, über die Fragen zu diskutieren, wie der Personaleinsatz aussieht, also wann ich eine Fachkraft und wann eine Ergänzungskraft brauche, und wer überhaupt eine Ergänzungskraft ist und was diese überhaupt machen darf? Sind das nicht die viel sinnvolleren Fragen, die wir eigentlich stellen müssten, um mehr Menschen ins System zu holen?

Jens Kamieth (CDU): Meine Nachfrage kommt, weil ich fand, dass meine Frage aus der letzten Runde nicht vollständig beantwortet wurde. Noch einmal, Frau Professorin Stöbe-Blossey und Herr Professor Dohmen: Hat Wertschätzung auch etwas mit dem Verhalten von Eltern zu tun?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Dohmen. Sie haben davon gesprochen, dass Eltern ihren Erziehungsaufgaben zunehmend unzureichend nachkommen. Welche Ursachen sehen Sie hierfür? Und wie können wir diesen irgendwie begegnen?

Meine zweite Nachfrage richtet sich an Frau Stöbe-Blossey. Wie könnten denn die Randzeiten aus Ihrer Sicht so gestaltet werden, dass es nicht zu organisatorischen

Brüchen mit dem aktuellen System kommt, wenn man in ein differenziertes System zwischen Kern- und Randzeitenmodell einsteigen würde?

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Jetzt wurden Fragen an drei Sachverständige gestellt. Wir haben noch 15 Minuten Zeit. Das heißt, Sie haben jeweils fünf Minuten Zeit, um die gestellten Fragen zu beantworten. Und dann werden wir perfekt in der vorgegebenen Zeit fertig. – Ich schlage vor, dass wir mit Frau Stöbe-Blossey beginnen.

Prof.'in Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Zur Frage von Herrn Kamieth nach der Wertschätzung: Natürlich hat Wertschätzung ganz viel mit dem Verhalten von Eltern zu tun, vor allem im Alltag. Sie haben, glaube ich, eben auch beschrieben, wie belastend es für Erzieher*innen ist, wenn sie den Eltern ständig klarmachen müssen: Heute gibt es wieder verkürzte Betreuungszeiten. Das Personal bekommt es dann im Alltag ab. Als Stellschraube kann man dazu nur sagen: Man muss alles daransetzen, dafür zu sorgen, dass die Zeiten, die gebucht worden sind, auch tatsächlich vorhanden sind, um die Erzieher*innen, also das Personal, zu entlasten von den nachvollziehbaren Wutausbrüchen der Eltern.

Da sind wir dann bei dem Punkt, der von der FDP angesprochen wurde. Wie gesagt, wir müssen beides tun: Wir müssen für mehr Personal sorgen, und wir müssen dabei für einen effizienteren Ressourceneinsatz sorgen. Mehr Personal bedeutet, dass man sich auch noch mal die Gruppenstrukturen anschauen muss. Wir haben auch in den Kernzeiten die Unterscheidung zwischen Fachkraft und Ergänzungskraft. Da kann man sich noch mal genauer anschauen, ob es da noch Stellschrauben gibt.

In den Randzeiten – wobei ich jetzt nicht alles, was über 35 Stunden liegt, als Randzeiten definieren würde; Randzeiten in dem Sinn fangen später an – muss man sehr genau auf die Qualifikation – Frau Stroop hat das eben schon angesprochen – und die Qualifikationsvoraussetzungen schauen. Man kann jetzt schlecht alles einfach aus dem Handgelenk geschüttelt beantworten. Man muss sich einfach die vorhandenen Regelungen noch mal sehr genau anschauen und auf Flexibilisierungsmöglichkeiten hin überprüfen, und zwar immer verbunden mit Möglichkeiten der Weiterbildung und der Berücksichtigung der Zeiten, die für Anleitung und Teamentwicklung notwendig sind. Das geht im Grunde auch in Richtung der Randzeitenbetreuung.

Man kann das in Teilen auch über Tagespflege, die in den Einrichtungen stattfindet, machen. Hierzu bietet das KiBiz auch schon die eine oder andere Möglichkeit. Diese muss man weiterentwickeln. Allerdings muss für diese Art von Tagespflege ein anderes Curriculum da sein.

So weit in aller Kürze.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Vielen Dank, dass Sie die sehr komplexen Fragestellungen extrem herunterbrechen und sie in einem geeigneten Zeitrahmen beantworten. – Dann machen wir jetzt weiter mit Herrn Dohmen. An Sie sind noch mal

zwei Fragen gerichtet worden, und zwar zum einen von der CDU und zum anderen von den Grünen.

Dieter Dohmen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie [per Video zugeschaltet]): Lassen Sie mich vorher noch mal ganz kurz auf das Thema „Fehlende Fachkräfte“ eingehen. Wir haben zwei Möglichkeiten, das halbwegs kurzfristig hinzubekommen: zum einen über den Ausbau der berufsbegleitenden bzw. praxisintegrierten Ausbildung – je nachdem, wie sie heißt. Das könnte einen Teil des Problems lösen, wenn auch nicht unmittelbar, aber vergleichsweise kurzfristig. Mir ist auch klar, dass das zusätzliche Begleitzeiten bei den Erzieher*innen bzw. den Leitungen bedeutet. Aber das könnte dadurch, dass es mit einer Vergütung verbunden ist, attraktiv sein, um Leute zu attrahieren. Zum anderen müssen wir die Ausbildungskapazitäten ausbauen, und zwar dringend. Wir haben im Moment noch ein Zeitfenster, in dem sehr viele un- oder geringqualifizierte junge Menschen mit Schulabschlüssen in den Arbeitsmarkt gehen. Diese Zeiten müssen wir nutzen; denn wenn sie in drei, vier, fünf Jahren vorbei ist, dann geraten wir völlig in einen Fachkräftemangel. Das müssen wir uns immer vor Augen führen. Das wären also noch Möglichkeiten.

Das Thema „Wertschätzung von Eltern“ betrifft zwei Aspekte: zum einen das, was Frau Stöbe-Blossey eben angesprochen hat: dass es selbstverständlich für die Erzieher*innen oder die Kitaleitungen, je nachdem, wer es „aufgedrückt“ bekommen hat, ein Albtraum ist, permanent sagen zu müssen: „Wir können ihr Kind heute nicht nehmen“, oder: „Sie müssen früher kommen“, oder: „Sie müssen es später bringen.“

Bei den meisten Eltern ist die Wertschätzung durchaus hoch. Es gibt immer einen begrenzt großen Teil, bei dem die Wertschätzung vielleicht etwas geringer ist, die irgendwelche Sonderwünsche haben und permanent auf der Matte stehen und irgendetwas haben, womit sie nicht zufrieden sind. Das ist der eine Teil; es ist, glaube ich, für viele Erzieher*innen bzw. das Personal in den Kitas schwierig, damit auf Dauer umzugehen. Das Gleiche haben Sie in den Schulen. Das heißt, ein Teil der Eltern haben Erwartungen an die Leistungsfähigkeit von Kitas oder das entsprechende Personal, die schwierig zu erfüllen sind.

Damit komme ich zu der Frage, die Frau Eisentraut an mich gestellt hat. Eltern kommen ihren Erziehungsaufgaben nicht nach bzw. ein Teil der Eltern kommen ihren Erziehungsaufgaben nicht in dem Maß nach, wie man sich das wünschen würde. Zum einen haben wir die Anreizsysteme über Social Media und Internet. Wir haben permanent das Smartphone vor Augen und an den Ohren. Wie oft sehen wir Eltern, die auf das Smartphone schauen und sich nicht um ihre Kinder kümmern, egal, ob sie mit ihnen reden oder sie gemeinsam über die Straße oder die Ampel gehen? Zum Teil haben Eltern, so auch der Praxisbericht, Angst davor oder sind Eltern sehr zurückhaltend, ihren Kindern einmal ein wenig disziplinarisch – ohne das jetzt übermäßig zu betonen – in die Schranken zu verweisen und zu sagen: „So geht das nicht!“ Sprich: Diese Aufgabe kommt heutzutage zunehmend auf die Fachkräfte in Kitas und Schulen zu.

Das heißt, wir müssen hier leider einmal darüber nachdenken, welche Aufgaben, vor allem Erziehungsaufgaben, Eltern haben und wie sie diesen besser nachkommen

können. Bevor es jetzt ganz schnell wieder darum geht, das betreffe nur die gering qualifizierten Eltern: Nein, das ist nicht so. Die Akademikereltern sind da keinen Deut besser als die anderen. Sprich: Wir haben eine grundlegende Veränderung im Elternverhalten. Und nicht umsonst gibt es an bestimmten Stellen Plakate oder Postkarten mit der Frage: „Haben Sie heute schon mit Ihrem Kind gesprochen?“ Zum Teil wabern die Kinder zwischen Verwahrlosung und Überbehütung. Das heißt, wir müssen an die Frage heran: Wie kann man Eltern darin stärken, dass sie dies tun? Ich kann die Frage nicht aus dem Stegreif beantworten, aber es ist ein Riesenthema, mit dem wir uns zunehmend beschäftigen müssen. Auch das erhöht die Anforderungen an das pädagogische Personal in Kitas wie in Schulen.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Ganz vielen Dank für Ihren Beitrag und Ihr Kommen heute. – Dann beenden wir die Runde mit Herrn Professor Dr. Plünnecke. Die FDP hat noch mal eine Frage an Sie gestellt.

Prof. Dr. Axel Plünnecke (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Ein Miniexkurs vorab zu dem Thema „Eltern“: nur als Empfehlung: 9. Familienbericht. Ich war bei der Erstellung dieses als Sachverständiger beteiligt. In diesem geht es um das Thema „Eltern befähigen und unterstützen“, sodass man mehr Quellen zum Thema „Eltern und ihre Erziehung“ bekommt.

Zur Frage nach Geld und Personal: Ich glaube, man braucht beides. Herr Dohmen hat schon einige Punkte angesprochen, wie wir kurzfristig Personal gewinnen könnten. Es wurde auch schon die Mischung von Fachkraft und Ergänzungskraft angesprochen. Das heißt, da müssen wir zusätzliche Kapazitäten nutzen und sie über den Tag hinweg verteilen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Geld für die Qualität der Aufgabe. Das kommt parallel als zweite Aufgabe dazu, und zwar nur deshalb, weil die öffentlichen Finanzen an dieser Stelle sehr begrenzt sind. Daher ist die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dass man zwei Buchungen nach dem KiBiz hat: 35 Stunden wie bisher, und wer auf 45 Stunden gehen will, muss dann für die zehn Stunden einen sozial gestaffelt differenzierten Beitrag zahlen, sodass die finanzstarken Eltern mit hohem Einkommen sich an diesen zusätzlichen zehn Stunden beteiligen. Damit kann vielleicht vermehrt sichergestellt werden, dass die Stunden auch umsetzbar und verfügbar sind; denn das ist eigentlich die Hauptaufgabe: dass diejenigen, die Vollzeit erwerbstätig sein wollen, auch die 45 Stunden bekommen.

Auch die Mischung an verschiedenen Fach- und Ergänzungskräften kostet zusätzlich Geld. Daher wären zusätzliche, über sozial gestaffelte Beiträge generierbare Geldeinnahmen für den Unterschied zwischen 35- und 45-Stunden-Betreuung eine Quelle, an die man denken kann. Wünschenswert wäre natürlich – im Idealzustand –, dass das alles über öffentliche Gelder finanziert würde. Aber wenn das schwierig ist, dann muss man eben über sozial gestaffelte Beiträge in den Differenzen von 35 und 45 Stunden nachdenken, und zwar für die Qualität, die auch Sprachförderung, Sprachstandserhebung und die Stärkung des Bildungsimpulses umfasst. Denn auch das kostet Geld.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann: Ich schaue in die Runde und sehe keine weiteren Meldungen. Damit kommen wir zum Ende der heutigen Anhörung. Ich möchte mich noch mal ganz ausdrücklich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie heute hier waren, uns Frage und Antwort gestanden und sich mit Ihrer Expertise eingebracht haben.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend findet am 6. November statt. Es handelt sich wieder um eine Anhörung.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag!

gez. Eileen Woestmann
stellv. Vorsitzende

Anlage

18.11.2024/19.11.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend

**Ohne Betreuung kein Wirtschaftswunder - Keine pauschale Reduzierung der
Betreuungszeiten von Kindertagesstätten und Kindertagespflege!**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/9473

am Donnerstag, dem 31. Oktober 2024
13.30 bis (max.) 15.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Friedrich Ebert Stiftung e.V. Bildung und Wissenschaft Herrn Florian Dähne Berlin	Florian Dähne	18/1888
FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie Herrn Dieter Dohmen Berlin	Dr. Dieter Dohmen per Videozuschaltung	18/1912
Professorin Dr. Sybille Stöbe-Blossey Leiterin der Forschungsabteilung Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe Institut Arbeit und Qualifikation Duisburg	Prof. Dr. Sybille Stöbe- Blossey	18/1870
Ute Müller & Klaus Faulhaber-Birghan Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V. Kitamanagement Mettmann	Klaus Faulhaber-Birghan Ute Müller	18/1877
Professor Dr. Axel Plünnecke Leiter des Clusters Bildung, Innovation, Migration Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. Köln	Prof. Dr. Axel Plünnecke	---

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Frau Nicola Stroop Vorsitzende VAMV NRW e.V. Verband allein erziehender Mütter und Väter Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Essen	Nicola Stroop Barbara Oesterbeck	18/1984